

### **Antrag der Fraktion der CDU**

#### **ReSoSta-Mittel vertragskonform für Wirtschaftsfördermaßnahmen in Bremen-Nord verwenden!**

Der Bremer Senat hat sich im Jahr 2005 im Zusammenhang mit dem Verkauf der Anteile Bremens an dem Unternehmen Arcelor Bremen gegenüber dem Käufer, dem Unternehmen Acelor Mittal, und dem Betriebsrat des Bremer Standortes von Arcelor verpflichtet, aus dem Verkaufserlös 20 Mio. € für wirtschaftsfördernde und arbeitsplatzhalterhaltende Maßnahmen in Bremen-Nord zu verwenden. Aus dieser Verpflichtung entstanden die sogenannten ReSoSta-Mittel (Regionales Sonderprogramm zur Unterstützung der Wirtschaftsstruktur und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Land Bremen in Begleitung der Umstrukturierung im Stahlsektor). Schwerpunkte in diesem Programm sind u. a. Existenzgründungs- und Investitionsförderungen, Strukturveränderungen in Bremen-Nord und Arbeitsförderungsprogramme.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 29. Januar 2010 mit der Mehrheit der rot-grünen Regierungsfractionen auf Vorschlag des Senat beschlossen, den Restbetrag der bisher nicht ausgegebenen Mittel in Höhe von 2,353 Mio. € dem „Allgemeinen Haushalt“ zuzuführen. Dieses ist u. a. mit der Begründung erfolgt, der Senator für Wirtschaft habe keine Ansätze, die Mittel zu verwenden. Mit diesem Beschluss werden die Zusagen des Senats im Zusammenhang mit dem Verkauf der Anteile von Arcelor Bremen gebrochen und Möglichkeiten von dringend notwendigen Wirtschaftsfördermaßnahmen in der Region Bremen-Nord ausgeschlagen.

Die Stadtbürgerschaft möge daher beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die Restmittel in Höhe von 2,353 Mio. € im Sinne der vertraglichen Zusagen für Maßnahmen der Wirtschafts- und Arbeitsförderung in Bremen-Nord zu reservieren.
2. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, bis zum 30. April 2010 der Deputation für Wirtschaft und Häfen, sowie der Deputation für Arbeit Vorschläge für die Verwendung der ReSoSta-Restmittel vorzulegen.

Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Jörg Kastendiek, Dr. Wolfgang Schrörs,  
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU